
Bündnis 90 /DIE GRÜNEN und Gö-Linke

Fraktionen im Rat der Stadt Göttingen

Bündnis 90/DIE GRÜNEN-Ratsfraktion, Hiroshimaplatz 1-4, 37083 Göttingen

Zimmer 130
Tel.: 0551-400 2785, Fax: 0551-400 2904
E-Mail grueneratsfraktion@goettingen.de

Gö-LINKE-Ratsfraktion, Hiroshimaplatz 1-4, 37083 Göttingen

Zimmer 196
Tel.: 0551-400 2499, Fax 0551-400 2079
E-Mail goelinke-fraktion@goettingen.de

Göttingen, 23.4.2010

Resolution für den Rat am 7.5.2010

Für gesellschaftliches Engagement – gegen Kriminalisierung und politische Justiz

Der Rat begrüßt das politische und gesellschaftliche Engagement seiner BürgerInnen unter Ausnutzung ihrer Grundrechte. Mit diesem Engagement leisten sie alltäglich einen wichtigen Beitrag für die Gestaltung und Entwicklung unseres Gemeinwesens in Göttingen und über unsere Stadtgrenze hinaus.

Zu den tragenden Säulen dieses Gemeinwesens gehören die politische Unabhängigkeit von Polizei und Justiz. Die Autoren der Broschüre „Für gesellschaftliches Engagement – gegen Kriminalisierung und politische Justiz“ zweifeln mit ernstzunehmenden Argumenten an, dass diese Unabhängigkeit in Göttingen gewahrt ist. Sie kritisieren unter anderem Kriminalisierungsversuche und ein unangemessenes Verfolgungsinteresse staatlicher Behörden gegenüber politisch engagierten Personen. Sie belegen dies mit zahlreichen Fallbeispielen.

Der Rat hält das grundlegende Anliegen und die Sorgen der Autoren für begründet und nachvollziehbar. Die von den HerausgeberInnen aufgeworfenen Fragen sind für unsere politische Kultur von grundlegender Bedeutung. Der Rat begrüßt daher ausdrücklich die durch die Broschüre angestoßene Diskussion und erteilt Versuchen, die von Anwälten bestätigten Darstellungen als vollständig unbegründet vom Tisch zu wischen, eine klare Absage. Der Rat würde es begrüßen, wenn sich Polizei und Justiz im Rahmen ihrer Möglichkeiten an der Diskussion beteiligen.

Begründung:

Im März 2010 hat ein breites Bündnis gesellschaftlicher Organisationen die Broschüre „Für gesellschaftliches Engagement – gegen Kriminalisierung und politische Justiz“ herausgegeben. Darin wird an Hand von Fallbeispielen folgendes Handlungsmuster von Polizei und Justiz beschrieben: Die Behörden konzentrieren sich auf einzelne Menschen (Antifaschisten, Atomkraftgegner, GewerkschafterInnen usw.), die sich aus ihrer Sicht, z.B. besonders hartnäckig engagieren, dabei wenig kooperieren und denen sie größeren Einfluss zuschreiben. Die Betroffenen werden – oft mit fadenscheiniger Begründung und ohne nachweisbaren Straftatbestand – überwacht, verfolgt, eingeschüchtert, zum Verhör vorgeladen, angezeigt, kriminalisiert und z.T. sogar verurteilt. Es ist nicht zu akzeptieren, wenn Behörden mit derartigen Mitteln gegen Menschen vorgehen, die nichts anderes tun als von ihren Grundrechten Gebrauch zu machen.